

Drucksache Nr. 666/2021-2026

In den	Sitzung am	öffentlich	nicht-öffentlich
SoJuGA - Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung	15.05.2024	X	
VA - Verwaltungsausschuss	06.06.2024		X
Rat	13.06.2024	X	

Einrichtung eines Jugendparlaments

Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung empfiehlt dem Rat der Stadt Springe über den Verwaltungsausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt ein Jugendparlament einzurichten und die dazugehörige Wahl dieses Gremiums zum nächstmöglichen Zeitpunkt durchzuführen.

Der Rat der Stadt Springe beschließt die hierfür notwendige Satzung des zukünftigen Jugendparlaments aus der **Anlage 2** dieser Drucksache.

Begründung

Um die Jugendbeteiligung in der Stadt Springe zu initiieren, hat sich die Verwaltung beim Projekt *Jugend entscheidet* der Hertie-Stiftung beworben und erfolgreich eine Förderung für die Durchführung erhalten. Das gesamte Beteiligungsprojekt wurde von einer professionellen Prozessbegleitung unterstützt. Als Ergebnis wurde ein Konzeptpapier erstellt, welches am 13.09.2023 im SoJuGA vorgestellt wurde. Aus diesem sticht hervor, dass sich die Jugendbeteiligung an die Bedarfe der Jugendlichen richten und kontinuierlich angepasst werden soll.

Parallel ist die Stadt Springe in einem Arbeitskreis der Region Hannover vertreten, der unter anderem jährlich ein Netzwerktreffen für politisch interessierte Jugendliche aus der gesamten Region Hannover organisiert. Im November 2023 war die Stadt Springe Gastgeberin für diese Veranstaltung. Im Rahmen dieses regionalen Netzwerktreffens, hat sich eine Gruppe aus Jugendlichen gebildet, die die Einrichtung eines Jugendparlaments anstrebt. Um herauszufinden, ob weitere Jugendliche aus der Stadt Springe an einem Jugendparlament interessiert sind, hat sich die Gruppe neben weiteren politischen Themen vorrangig mit der Organisation einer Jugendbefragung beschäftigt.

Die Befragung fand vom 13.02.2024 bis zum 17.03.2024 an den Schulen OHG Springe, IGS Springe, BBS Springe, KGS Pattensen, KGS Wennigsen und an der KGS Bad Münder statt. Größtenteils wurde die Umfrage über IServ oder über die Social-Media-Kanäle der Schulen geteilt, vereinzelt wurde sie im Unterricht durchgeführt.

Insgesamt gab es 349 Antworten auf die Befragung. Davon haben 227 Jugendliche im Alter von 14 bis 20 Jahren teilgenommen, die in Springe oder den dazugehörigen Ortsteilen wohnhaft sind. Von diesen 227 Jugendlichen wünschen sich 71,37 Prozent (162 Jugendliche) ein Jugendparlament in Springe. 25,55 Prozent (58 Jugendliche) können sich aktuell vorstellen sich an einem Jugendparlament zu beteiligen.

Das Gesamtergebnis der Umfrage kann der **Anlage 1** entnommen werden.

Grundlagen für die Einrichtung eines Jugendparlamentes sind der Erlass einer Satzung, die die Rechtsverhältnisse des Gremiums festlegt und die Durchführung einer entsprechenden Wahl.

Der in der **Anlage 2** beigefügte Satzungsentwurf legt dabei einerseits den rechtlichen Rahmen fest und hat andererseits das Ziel, themenzentriert und jugendgerecht, politische Arbeit zu ermöglichen und gleichzeitig einen Transfer mit der Ratspolitik der Stadt Springe zu fördern.

(Götze)
Der Bürgermeister
In Vertretung